

## Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit

Nachdem sich die Staatssicherheit einen Überblick über das Ausmaß der Opposition in der DDR verschafft hatte, sprach Mielke-Stellvertreter Rudi Mittig mit den Leitern der zuständigen Abteilungen den Bezirksverwaltungen. Dabei stellte er seine Strategie zur Bekämpfung von Oppositionellen vor.

Um sich einen konkreten Überblick zum Ausmaß politischer Opposition in der DDR zu verschaffen, hatte die MfS-Führung bereits Ende des Jahres 1988 ihre Bezirksverwaltungen angewiesen, über "politische Untergrundtätigkeit" im Verantwortungsbereich zu berichten. Im Mai 1989 lagen die Ergebnisse vor und wurden in der Folge ausgewertet.

Mielkes Stellvertreter Rudi Mittig besprach sich im Monat darauf mit den für politische Repression unmittelbar zuständigen Leitern der Abteilungen XX in den Stasi-Bezirksverwaltungen (BV). Mittig gab darin einen Überblick zu oppositionellen Aktivitäten, aber auch zu wachsender Kritik an den politischen Verhältnissen in der evangelischen Kirche, unter Kulturschaffenden und in den "Blockparteien", vor allem der Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD).

Außerdem ging er auf die Methoden ein, mit denen die Opposition unter Kontrolle gehalten werden sollte. Mittigs Rede gibt deshalb Aufschluss darüber, wie die Staatssicherheit auf die kommenden Ereignisse konzeptionell vorbereitet war. Durch Kooperation mit der SED, anderen Teilen des Staatsapparates und den "Blockparteien" (vor allem der CDU der DDR), durch den Einsatz inoffizieller Mitarbeiter (IM) und durch das Ordnungsstrafrecht, also die Verhängung von Geldstrafen sollte die Staatssicherheit die Oberhand über Bürgerrechtler und Oppositionelle behalten. Dass all das bisher wenig gefruchtet hat, wird vom Redner zumindest angedeutet.

---

**Signatur:** BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4883, BL. 1-45

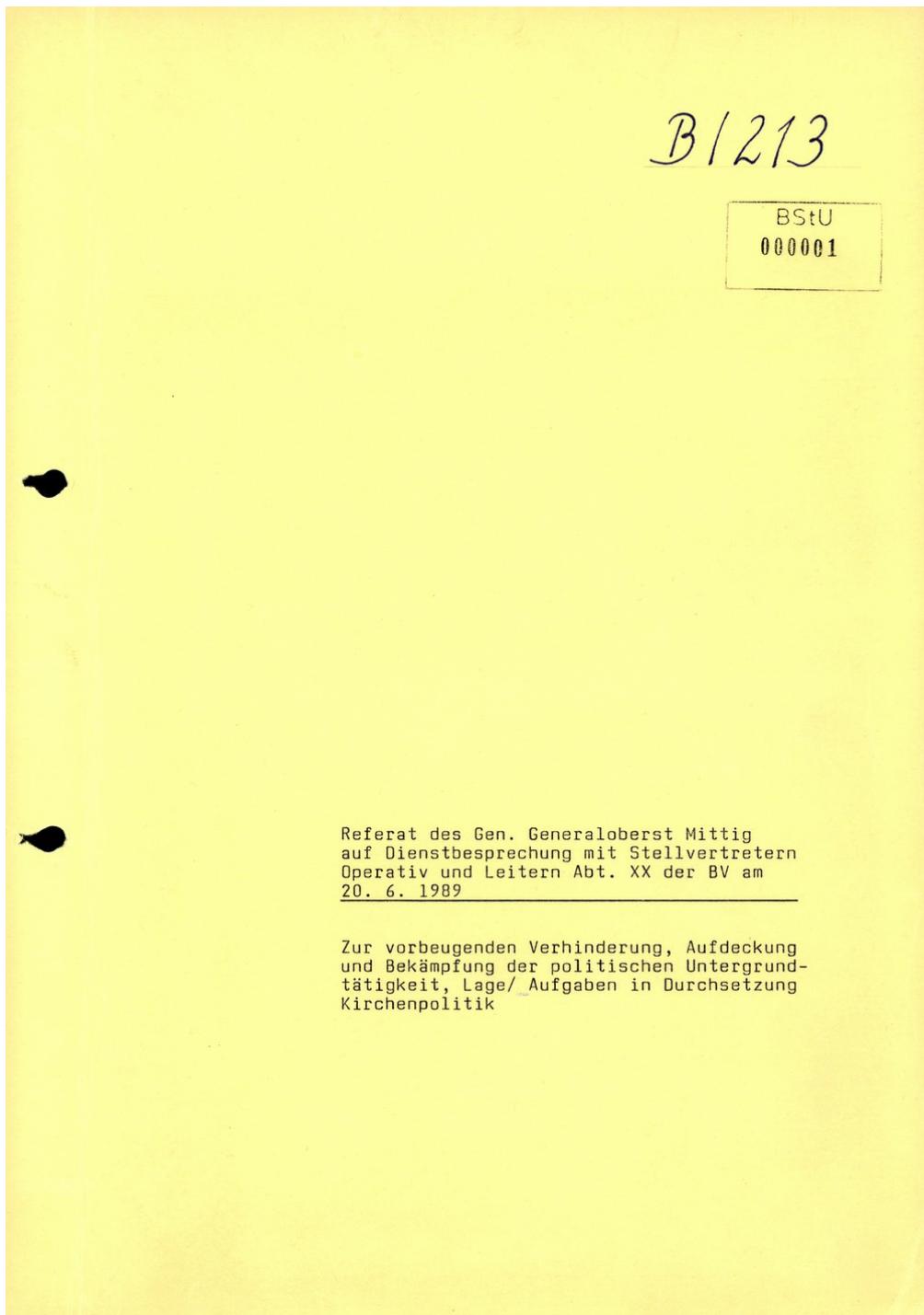
---

### Metadaten

Datum: 20.6.1989

Überlieferungsform: Dokument

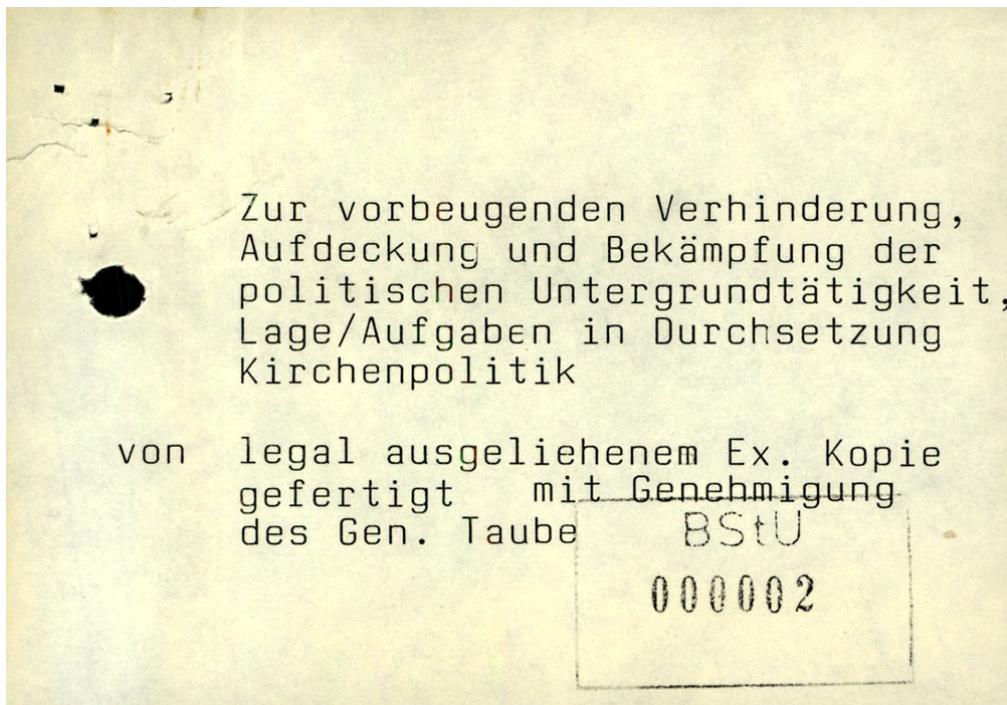
Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4883, BL. 1-45

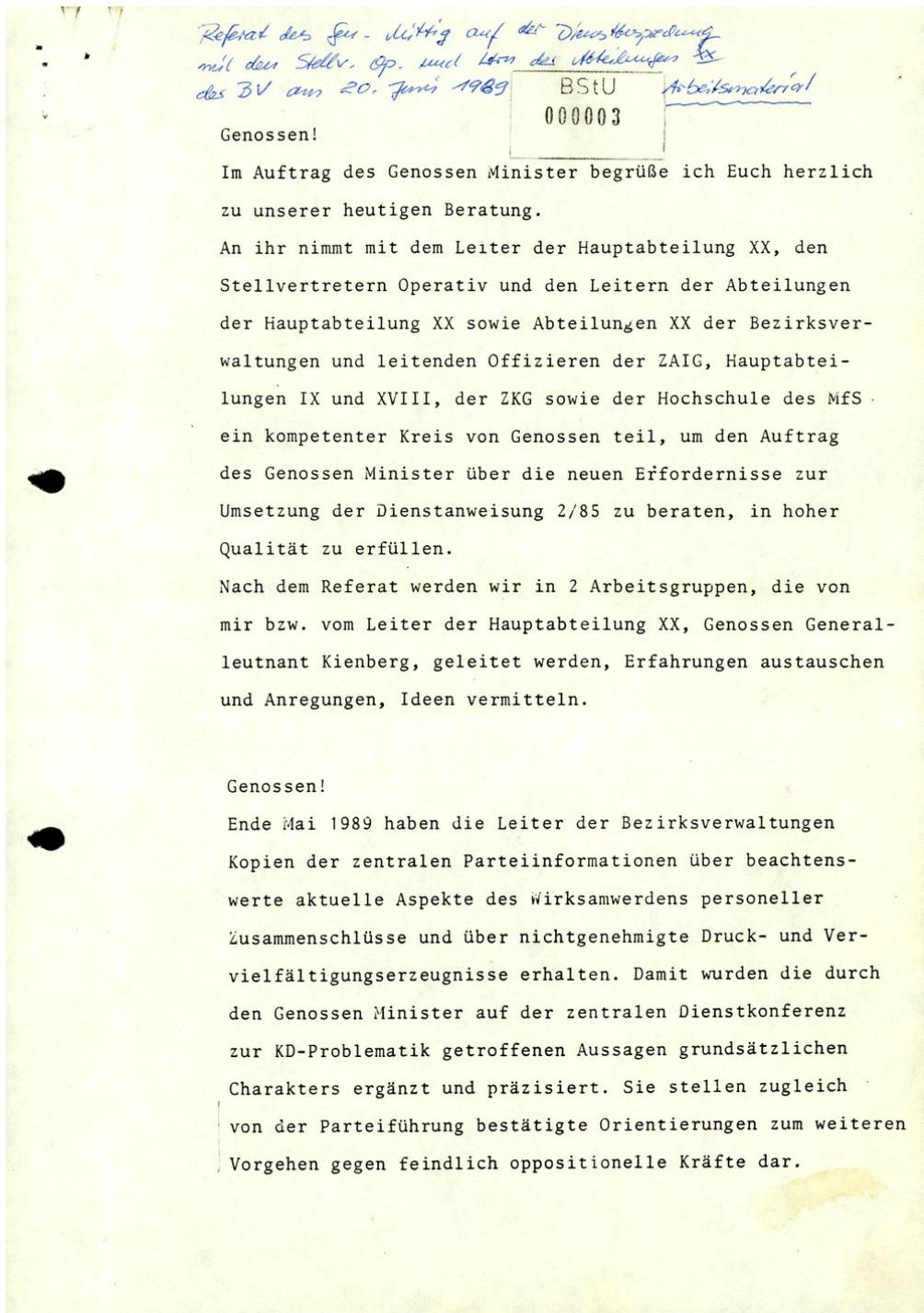
Blatt 1

Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit



**Signatur:** BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4883, Bl. 1-45

Blatt 2

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

**Signatur:** BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4883, BL 1-45

Blatt 3

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000004

2

In diesem Zusammenhang einige erläuternde Bemerkungen zu Aufgaben und Vorgehensweisen, die der Genosse Minister mit seinem Schreiben vom 23. Mai 1989, VVS 39/89, gestellt hat:

1. Das damit praktizierte Vorgehen entspricht objektiv den Erfordernissen der Lageentwicklung auf diesem Gebiet. Es geht darum, die Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit noch zwingender als gesamtgesellschaftliche Aufgabenstellung unter Führung der Partei zu sehen und zu organisieren. Insofern sind die vorgegebenen Aufgaben und Orientierungen in die Umsetzung der in der Dienstanweisung Nr. 2/85 gestellten Aufgaben einzuordnen.
2. Eine hohe persönliche Verantwortung bei der Realisierung der gestellten Aufgaben kommt dabei den Stellvertretern Operativ und den Leitern der Abteilungen XX der Bezirksverwaltungen zu. Bei der für den Bezirk zu erarbeitenden Lageeinschätzung/<sup>sofern zu erarbeitende</sup> müssen höchste Objektivität, Gewissenhaftigkeit und bei aller Konkretheit die konsequente Einhaltung der Konspiration und Sicherheit unserer inoffiziellen Kräfte und spezifischen Mittel und Methoden gewährleistet sein. Überzogene Darstellungen, unreale Einschätzungen, unzulässige Verallgemeinerungen bzw. die Übernahme solcher Fakten aus den zentralen Informationen, die im Bezirk keine Bestätigung finden, sind zu unterlassen. In enger Zusammenarbeit mit den Leitern der Kreisdienststellen sind die angewiesenen Aufgaben auf Kreisebene umzusetzen.

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000005

3

Ihnen ist konkrete Anleitung und Unterstützung zu geben. Die für die Auswertung mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen der Partei vorgesehenen Ergebnisse der Lage einschätzung und zu unterbreitenden Vorschläge sind untereinander abzustimmen. Wo vorhanden, <sup>es</sup> ~~es~~ sollten dabei die Offiziere für die Wahrnehmung von Koordinierungsaufgaben vor Ort eingesetzt werden.

3. Die zu erarbeitenden Lageeinschätzungen müssen auf die realen Schwerpunkte im Verantwortungsbereich orientiert sein. (VVS 72/88 - Informationsvorgaben) Die Herausarbeitung aller Fakten (Zusammensetzung, Organisationsstruktur, Charakter von personellen Zusammenschlüssen) muß immer mit Blick auf die erforderliche Gewährleistung der Differenziertheit im Rahmen der vorbeugenden Bekämpfung derartiger Gruppierungen erfolgen. Das bedeutet, den 1. Sekretären der Bezirks- und Kreisleitungen der SED auch personenbezogene Hinweise zu geben mit dem Ziel, die gesellschaftlichen Potenzen wirksamer auszurichten auf die Zurückdrängung unverbesserlicher Feinde und die Zurückgewinnung von Sympathisanten und Irregeleiteten.

Aus unseren Erkenntnissen abgeleitete Vorschläge müssen logisch, real und realisierbar sein. Damit erhöhen wir bei unseren Partnern das Vertrauen zu uns und die Bereitschaft für noch engeres Zusammenwirken, wenn es um die Nutzung des gesellschaftlichen Potentials zur Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit geht.

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000006  
4

4. Bei der Erarbeitung der lagebezogenen Vorschläge müssen das real vorhandene politisch-operative und das gesellschaftlich stehende Kräftepotential sowie die bisher im Zusammenwirken gewonnenen Erfahrungen bilanziert werden. Vor allem sollte orientiert werden auf die Fortführung solcher Mittel, Methoden und Vorgehensweisen, mit denen bereits Wirkung unter feindlichen, oppositionellen Kräften erzielt wurde. Neue Überlegungen sind dort anzustellen, wo sich das bisherige Vorgehen als "abgegriffen", nicht mehr wirkungsvoll erwiesen hat. Dafür gibt es kein allgemeingültiges Rezept. Es sollten jedoch auf jeden Fall konkrete Vorschläge unterbreitet werden, wie gegenüber welchen Gruppen und Kräften bzw. Aktivitäten vorgegangen werden muß. Dabei ist die gesamte Breite gegebener Möglichkeiten zu berücksichtigen, vom Arbeits- über den Freizeitbereich, von der speziellen Interessensphäre bis zu individuellen Besonderheiten. Noch konkreter vorzugeben sind Vorschläge bezogen auf das gesamte vorhandene Potential im Verantwortungsbereich, wie z. B. Massenorganisationen, und das Spektrum weiterer in diesem Sinne wirkende Einrichtungen/ Institutionen im Territorium, auf progressive kirchliche Einrichtungen usw. (z. B. Forschungsgruppen zu Fragen der Zusammenarbeit von Marxisten und Gläubigen bzw. Sektionen Theologie an Universitäten und Hochschulen, progressive kirchliche Zusammenschlüsse wie Christliche Friedenskonferenz oder Berliner Konferenz Europäischer Katholiken, URANIA und Verband der Freidenker)

*zu untersuchen  
wissen  
wollen  
wirken*

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000007

5

Gleichfalls sollte immer das "WIE" der möglichen Nutzung deutlich gemacht werden. Wichtig sind Hinweise, wie man *teilweise* differenzierter personenbezogene Interessen/Ziele/der Akteure berücksichtigen kann, mit welchen "Zugeständnissen" die Einheit zerstört und taktischer Streit in den Gruppen ausgelöst werden kann. Vor allem reale Mängel/Unzulänglichkeiten, die oppositionelle Aktivitäten begünstigen und auf die sich Exponenten stützen, um Massenzulauf zu erreichen, sollten, durch mehr Flexibilität und mit "Verständnis" behandelt, zur Isolierung des harten Kerns, zum Unterlaufen offen provokatorischer Angriffe genutzt werden. Bei aller Konkretheit und Detailliertheit dürfen aber die vom MfS der Partei unterbreiteten Vorschläge jedoch keinesfalls so abgefaßt sein, daß sie einer Bevormundung der Partei durch das MfS gleichkommt bzw. die Einengung ihres politischen Handlungsspielraumes bedeuten würden.

Alles in allem gibt es für das "WIE?" keine Schablone.

Anzuregen wären möglicherweise regelmäßige Beratungen in Verantwortung der Sekretariate der Bezirks- und Kreisleitungen in denen das prinzipielle und sachverhaltsbezogene Vorgehen beraten und festgelegt, die Auswertung des gemeinsamen Vorgehens und die dabei erzielte Wirksamkeit eingeschätzt werden. Dabei sollten die u. a. in Leipzig und Dresden gewonnenen Erkenntnisse, wo bereits gemeinsame Sicherheitskonzeptionen zur Zurückdrängung feindlich-negativer Kräfte existieren, genutzt werden. Nicht zuletzt ist die gesamte Informationstätigkeit an die zuständigen Partei- und Staatsfunktionäre in den Territorien auf einem diesem Anliegen gerecht werdenden Niveau zu gewährleisten.

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU

000008

6

Deshalb hat der Genosse Minister in Abstimmung mit dem Generalsekretär des ZK der SED die weiteren Empfänger der zentralen Informationen im Politbüro, im Partei- und Staatsapparat über diese Anliegen informiert und sie gebeten, im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf seine Durchsetzung mit Einfluß zu nehmen und die Realisierung der erforderlichen Maßnahmen zu unterstützen.

Genossen!

Die in jüngster Zeit seitens feindlicher, oppositioneller Kräfte geplanten und durchgeführten Aktivitäten, so im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen, dem IX. Pädagogischen Kongreß, dem Weltumwelttag usw., bestätigen die in den vorgenannten zentralen Informationen vorgenommenen Einschätzungen vollauf.

Sie lassen deutlich die Handschrift von außen gegen uns wirkender sozialismusfeindlicher Kräfte erkennen, aber auch Einflüsse und Wirkungen, die von der aktuellen Lageentwicklung in einigen sozialistischen Ländern ausgehen. Das zeigt sich immer deutlicher im Hinwenden feindlicher, oppositioneller Kräfte auf Forderungen und Lösungen, die auf eine Demokratisierung, auf eine angeblich notwendige Umgestaltung des politischen und gesellschaftlichen Lebens auch in der DDR gerichtet sind. Dazu wird ein Widerspruch in der DDR zwischen "außenpolitischer Liberalisierung" und sogenannter innenpolitischer Kolonialisierung konstruiert und die DDR-Bevölkerung aufgerufen, in diesen sogenannten Widerspruch einzuhaken: Die Qualität der vom Staat geführten außenpolitischen Auseinandersetzung mit anderen Meinungen müsse auch in der innenpolitischen Diskussion

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000009

7

gefordert werden. Dabei müsse man gegen den "Alleinvertretungsanspruch" des Staates offensiv vorgehen und den Staat "permanent beschäftigen".

Gerade letzteres zeigte sich im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen und in der Phase ihrer "Nachwirkungen" republikweit.

Immer geht es dabei um die Untergrabung der Macht der Arbeiterklasse und die Beseitigung der führenden Rolle der Partei. Einige weitere in diesem Zusammenhang beachtliche Tendenzen:

- In Abhängigkeit von den ideologischen Stoßrichtungen, den aktuellen inneren Lagebedingungen und den zu erwartenden Wirkungen konzentrieren sich die Kräfte des politischen Untergrundes auf spezifische gesellschaftliche, politische und andere Höhepunkte.

Der IX. Pädagogische Kongreß war ihnen deshalb aktueller Anlaß, (s. auch 100 Eingaben) sich mit der "generellen Situation des Erziehungs- und Bildungswesens" in der DDR auseinanderzusetzen, in diesem Bereich zu versuchen, Einfluß zu gewinnen und "Reformen" zu fordern (z. B. Mitbestimmungsrecht von Schüler- und Studentenräten, Beseitigung Partei-/FDJ-Einfluß, Abschaffung vormilitärischer Ausbildung u. a.).

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000010

8

- Probleme des Umweltschutzes bieten feindlichen, oppositionellen Kräften insgesamt, nicht nur sogenannten Ökologiegruppen, umfassende Ansatzpunkte für ihr feindlich-negatives Wirksamwerden, ein breites Feld zur Diskreditierung unserer Politik. Dabei stützen sie sich auf ein gewachsenes Umweltbewußtsein unserer Bürger und missbrauchen diesen Fakt für die Inspirierung/Organisierung von sogenannten Bürgerinitiativen (s. Aktionen "Eine Mark für Espenhain" und "Anti-Kernkraftwerk-Bewegung"). Damit soll Druck auf die staatlichen Organe ausgeübt werden, bis hin zur Erzwingung der Rückgängigmachung staatlicher Entscheidungen (z. B. Reinstsiliziumwerk Dresden-Gittersee, KKW im Territorium Leipzig).
- In Übereinstimmung der ideologischen Angriffe des Gegners werden jetzt verstärkt die "Aufarbeitung des Stalinismus" in der DDR von unabhängigen Gruppen und eine "Neubewertung des 17. Juni" analog der Entwicklung in der Ungarischen Volksrepublik gefordert (s. Brief in "Grenzfall").
- Es nehmen Versuche zu, alternative Bürgerinitiativen im Wohnbereich unter Einbeziehung von WBA - Nationale Front zu begründen bzw. wo dies nicht geht, sich parallel als Alternative im Wohnbereich festzusetzen. Dabei wird geschickt an Probleme im Wohnbereich angeknüpft und zum Wettbewerb um die Gunst als Interessenvertreter der Bürger herausgefordert. Hier gilt es mehr Aktivität und rascheres Aufgreifen der Fragen durch unsere Staatsorgane und gesellschaftlichen Einrichtungen zu sichern,

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000011

9

und die oppositionellen Kräfte politisch erst gar nicht zum Zuge kommen zu lassen.

Wie sich zeigt, weist das aktuelle Vorgehen der im Sinne politischer Untergrundtätigkeit wirkenden Kräfte einige beachtenswerte Aspekte auf, die bei der Organisierung der politisch-operativen Arbeit noch stärker berücksichtigt werden müssen.

Das sind:

1. Aktionen und Aktivitäten, das gesamte feindlich-negative Vorgehen, werden zunehmend langfristig konzeptionell und organisatorisch vorbereitet, zwischen Führungskräften personeller Zusammenschlüsse abgestimmt und zum Teil stabsmäßig durchgeführt. Mit dem regelmäßigen Stattfinden zentraler Treffen solcher Gruppierungen und Gruppen, der Herstellung und zumeist auch überregionalen Verbreitung sogenannter Informationsblätter, dem Aufbau relativ stabil funktionierender Kommunikationssysteme (u. a. Kontakttelefon) sind dafür ebenso Grundlagen gelegt wie mit der Existenz auf extrem feindlichen Positionen stehenden entsprechend befähigten Führungskräften, dem teilweise Zusammensehen mit reaktionären kirchlichen Kräften/ und der langfristigen Orientierung auf die konkreten Vorhaben und Angriffsziele. Damit konnten feindliche, oppositionelle Kräfte z. B. im Zusammenhang mit den Wahlen Gleichgesinnte und Sympathiesanten zur Mitwirkung an den sogenannten flächendeckenden Kontrollen in Wahllokalen von Berlin und in anderen Orten und zu den bekannten Handlungen nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse (Eingabentätigkeit,

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000012

10

Strafanzeigen, geplante Provokation am 7. Juni 1989 in der Hauptstadt) beeinflussen. Bereits jetzt sollen mit der Auswertung der Kommunalwahlen erste Grundsteine für breit angelegte Aktivitäten gegen die in zwei Jahren anstehenden Wahlen zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen gelegt werden.

2. Zeigt sich ein erheblicher Anstieg von Handlungen, unter gezieltem Mißbrauch der sozialistischen Demokratie den Staat und dessen Einrichtungen permanent zu beschäftigen, in seiner Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit zu beeinflussen und einzuschränken, ihn gewissermaßen unter Kontrolle zu stellen. (s. Anstieg der Eingabentätigkeit und Be schwerden, die bewußte Störung öffentlicher staatlicher und gesellschaftlicher Veranstaltungen wie Einwohner sammlungen, Fachtagungen usw.).

3. Bei erkennbarer Absicht, die Schwelle der strafrechtlichen Relevanz bis zur letzten Möglichkeit auszuloten, drängen die Inspiratoren/Organisatoren politischer Unter grundtätigkeit wieder stärker auf Aktionismus und auf größere Öffentlichkeit bei der Durchführung ihrer Aktivitäten. Das besonders dort, wo sie ihre feindlich-negativen Zielstellungen politisch ummänteln können, wo sie nach ihrer Ansicht den Schutz der sozialistischen Demokratie glauben beanspruchen zu können.

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU

000013

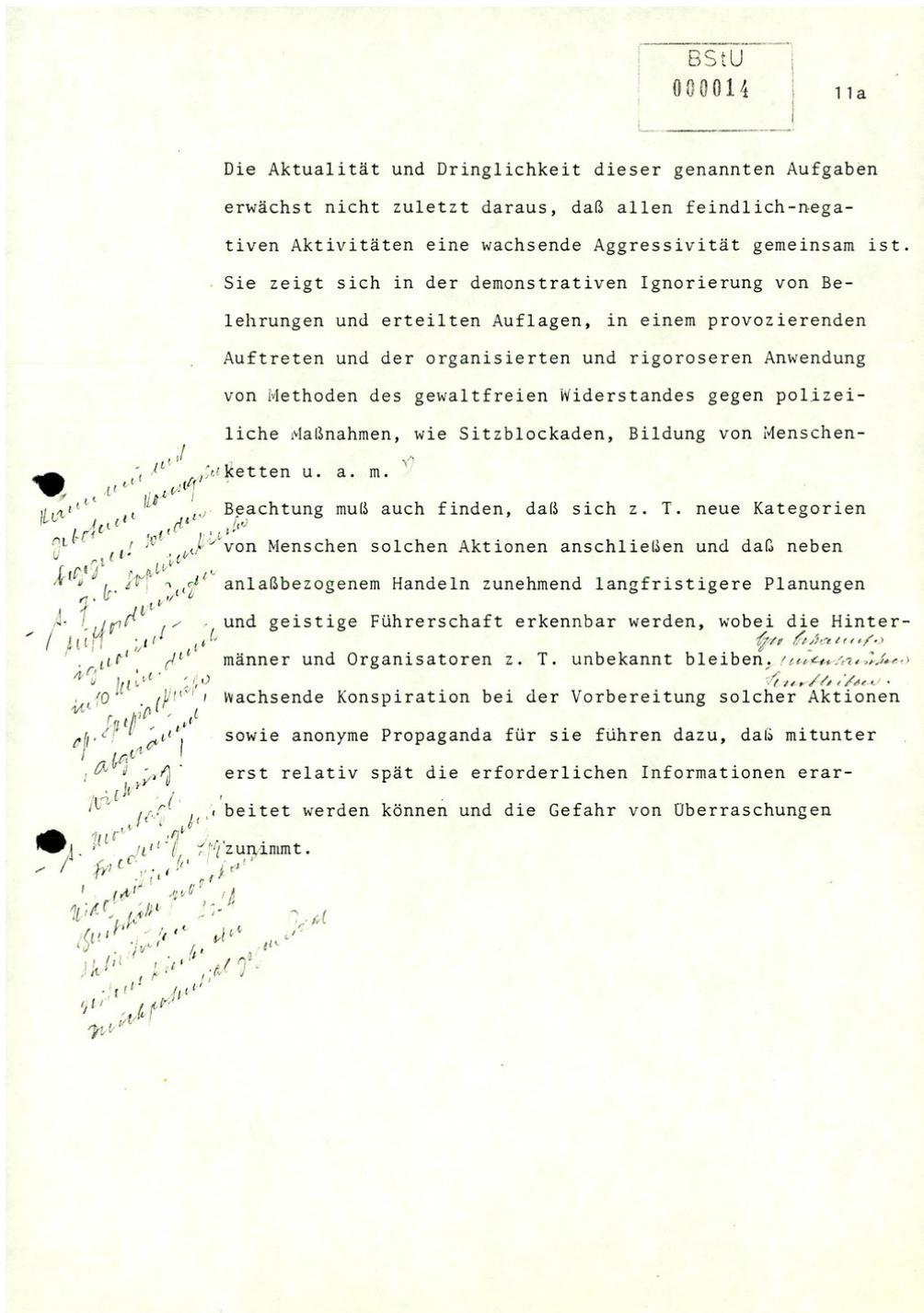
11

Jüngste Beispiele für ein derartiges Vorgehen sind nicht nur die Kommunalwahlen, sondern auch der verhinderte sogenannte Pleißemarsch in Leipzig aus Anlaß des Weltumwelttages und die Provokation am 7. Juni 1989 in der Hauptstadt der DDR. Letztere mit dem Ziel, in provokatorisch-demonstrativer Absicht, mit dem Ingangbringen und der Unterstützung von Massen und der Westjournaille im Rücken, eine Eingabe gegen das bestätigte Wahlergebnis beim Staatsrat der DDR zu übergeben. Derartige Aktivitäten haben weitergehende Signalwirkung. Der Genosse Minister hat mit seinen Schreiben vom 9. Juni 1989 (VVS 44/89), insbesondere aber vom 13. Juni 1989 (VVS 46/89) dazu die notwendigen Aufgaben gestellt. Diese bestehen im Kern darin,

- durch konsequente vorbeugende Arbeit auf alle möglichen Situationen präpariert zu sein und Überraschungen auszuschließen
- und dazu die operative Durchdringung der entsprechenden Personenkreise zu verstärken und ständige Übersicht zu behalten über die operativ relevanten Veranstaltungen im Territorium.
- Eine ebenso wichtige wie neue Aufgabe besteht darin, alle Voraussetzungen, einschließlich der notwendigen Handlungsdokumente, für unverzügliche Reaktionen auf sich spontan entwickelnde feindlich-negative Aktivitäten zu schaffen. Dazu muß eine enge Abstimmung mit der VP erfolgen.

„d. u. spätestens  
geschiehen,  
nur hilflos“

## Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit



**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000015

12

Bei allen Anstrengungen zur direkten Eindämmung feindlicher Aktivitäten darf natürlich die Frage nach Hintermännern im Operationsgebiet, besonders zum geheimdienstlichen Hintergrund der Aktivitäten nicht vernachlässigt werden. Die Beweislage zur Rolle der legalen Feindbasen, der Verbindungskanäle usw. ist nach wie vor nicht ausreichend.

Zu beachten sind in diesem Zusammenhang die gegenseitigen Bemühungen, zwischen offiziellen Politikern und Exponenten Direktkontakte, meist unter Vermittlung von Feindpersonen im Operationsgebiet (JAHN, HIRSCH) herzustellen. Sie dienen nicht nur der Aufwertung innerer Feinde, sondern auch zur Informationsgewinnung über die innere Lage der DDR.

4. Die bestehenden Strukturen der im Sinne politischer Untergrundtätigkeit wirkenden Kräfte haben sich weiter entwickelt und gefestigt. Es bilden sich neue territoriale, überterritoriale und regionale Koordinierungsstrukturen und -mechanismen heraus. Das wird besonders deutlich im Wirken von personellen Zusammenschlüssen mit spezifisch koordinierenden Funktionen und Aufgabenstellungen (s. übergebene Information Nr. 150/89), wie dem "Grün-Ökologischen Netzwerk Arche", dem Arbeitskreis "Solidarische Kirche" und der "Kirche von Unten", aber auch in den Bestrebungen, vermehrt solche Einrichtungen wie "Umweltbibliotheken" als Stützpunkte des Wirkens solcher Kräfte zu installieren.

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000016

13

Vereinzelt wurden Überlegungen und als Test zu wertende Versuche seitens feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte bekannt, unter Bezugnahme auf die Ergebnisse des KSZE-Folgetreffens in Wien Anträge auf Zulassung von Vereinigungen zu stellen, also neue Strukturen zu bilden bzw. die Legalisierung bestehender personeller Zusammenschlüsse herbeizuführen. Derartige Versuche werden strikt zurückgewiesen.

- ✗ Einige Bemerkungen zur Situation in den evangelischen Kirchen in der DDR. Generell setzt der Differenzierungsprozeß sich fort. Im Grunde laufen innerkirchliche Auseinandersetzungen darauf hinaus, ob die Linie des 6. 3. 1978 aufgekündigt und das Staat-Kirche-Verhältnis damit destabilisiert wird oder ob die Linie bewährterweise weitergeführt wird. In diesem Spannungsfeld sind feindliche Gruppen, wie in der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, nicht chancenlos; andererseits zeigt die Domeröffnung in Greifswald die Möglichkeiten für gedeihliches Nebeneinander Staat - Kirche. Es zeigt sich, daß das sowohl progressive/loyale als auch reaktionäre Amtsträger richtig verstehen (Unwillen Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg über Teilnahme Generalsekretär; Zustimmung anderer Gliedkirchen).

Bekanntlich fand Ende April 1989 in Dresden die 3. und vorerst letzte Vollversammlung der "Ökumenischen Versammlung der Christen und Kirchen in der DDR für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung" statt.

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000017

14

Sie befaßte sich analog der beiden vorausgegangenen Vollversammlungen erneut ausschließlich mit gesellschafts-politischen Fragen. Damit setzte sich trotz vielfältiger Einflußnahme der Partei sowie umfassender politisch-operativer Maßnahmen des MfS die Politisierung des Konziliaren Prozesses in der DDR fort.

Bedingt durch die Zusammensetzung der Delegierten (die Mehrzahl vertritt politisch indifferente bis ablehnende Haltungen zur sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung) wurden alle 12 thematischen Vorlagen bestätigt, die in ihrer Gesamtheit die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR verzerrten und einem komplexen politischen Forderungskatalog gegenüber Staat und Gesellschaft entsprechen.

Dieser Bodengewinn reaktionärer kirchlicher Kräfte führte zu einer neuen Qualität im Vorgehen gegenüber dem Staat.

Weder die KKL noch andere kirchenleitende Gremien wiesen die in den beschlossenen Dokumenten enthaltenen Angriffe gegen den Staat zurück.

Insbesondere ihre Orientierung, es jeder Landeskirche zu überlassen, in welcher Form und in welchem Umfang die von der 3. Vollversammlung verabschiedeten Dokumente ausgewertet werden, erweitert den Spielraum für jene kirchlichen Kreise, die diese Materialien einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen und darüber eine umfassende öffentliche Diskussion führen wollen.

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU

000018

15

Damit werden objektiv die unter dem Dach der Kirche wirkenden personellen Zusammenschlüsse, Gruppierungen und Gruppen bestärkt und ermutigt. Dieses Vorgehen hat wesentlich dazu beigetragen, daß das gesamte innerkirchliche Leben noch stärker politisiert wurde, auch wenn das territorial sehr unterschiedlich und davon abhängig ist, wer in den Kirchenleitungen der betreffenden Ebene das Sagen hat.

Natürlich wird dieser Kurs nicht von allen kirchenleitenden Gremien und Amtsträgern mitgetragen. Er stößt z. T. auf Widerspruch und realistische kirchliche Amtsträger warnen vor dieser Entwicklung, bekunden und demonstrieren auch ihre Bereitschaft, die Beziehungen Staat - Kirche sachlich

zu gestalten. *Sie müssen objektiv zur Lage infor-  
mieren und die kirchlichen Kräfte präzise und sachlich  
mit dem Staat, Gemeinsamkeiten anbrin-*

Die Praxis beweist jedoch, daß sich derartige Kräfte noch nicht wirksam genug in Szene setzen können. Sie erzielen häufig nur Teilerfolge. Wiederholt wurde und wird gegen realistische kirchliche Kräfte eine regelrechte Verleumdungskampagne entfacht (s. GIENKE); im extremen Fall werden solche Personen mundtot gemacht (Vorgehen der Thüringer Kirchenleitung gegenüber Superintendent REDER/Weimar).

Ausdruck des innerkirchlichen Differenzierungsprozesses sind die teilweise sehr kontrovers geführten Debatten um die von der Kirche geprägte Formel "Kirche im Sozialismus" bzw. die maßgeblich von Bischof LEICH initiierte Begriffsbestimmung "Kirche in der DDR"; sie berühren Grundfragen der künftigen Gestaltung des Verhältnisses Staat - Kirche.

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000019

16

Bisher fand sich eine Mehrheit zur Beibehaltung der Formel "Kirche im Sozialismus", aber die Auseinandersetzungen darüber sind noch lange nicht abgeschlossen. Auch der Fakt, daß die KKL und die Mehrzahl der Landeskirchenleitungen einer eindeutigen Stellungnahme bezüglich des Verhältnisses der Kirchen zu den Gruppen nach wie vor ausweichen beweist, daß sie in dieser Frage auch künftig kaum bereit sein werden, staatlichen Erwartungshaltungen zu entsprechen.

Im Gegenteil. Die von der KKL verabschiedete "Erklärung" zu den Kommunalwahlen mit den darin enthaltenen Andeutungen über "auffällige Differenzen" bei den Wahlergebnissen, verbunden mit Forderungen nach eindeutigen Auskünften des Staates und sogenannten Empfehlungen für künftige Wahlen ermuntern Gruppen zu weiteren Aktivitäten (vgl. auch Auftreten STOLPEs im Zusammenhang mit der provokatorisch-demonstrativen Aktion am 7. Juni 1989 in der Hauptstadt der DDR, Berlin).

Hauptursachen für eine solche Entwicklung sind vorrangig zu sehen

- im zunehmenden Druck kirchlicher u. a. Gruppen auf die Kirchenleitungen,
- in der sinkenden Zahl praktizierender Christen in den Kirchengemeinden und dem daraus entstehenden Zwang zum Taktieren,

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000020

17

- im angemaßten Wächteramt,
- in den vielfältigen Einflüssen und Einwirkungsmöglichkeiten der Kirchen der BRD und Westberlins (s. Evangelischer Kirchentag in Westberlin).

Diese häufig im Komplex wirkenden Ursachen erklären die äußerst widersprüchliche, schwankende Position vieler kirchenleitender Personen in kirchenpolitischen Fragen und in ihrer Haltung gegenüber dem Staat. Sie führen dazu, daß selbst solche Amtsträger, die über längere Zeit realistische Standpunkte eingenommen haben, sich in entgegengesetzter Richtung entwickeln.

Wir müssen deshalb in der politisch-operativen Arbeit beachten, daß derartige Personenkreise unberechenbarer geworden sind. Das ist besonders wichtig für die Wahl der richtigen Mittel und Methoden im weiteren Vorgehen ihnen gegenüber. Aufmerksam zu verfolgen sind auch die Bestrebungen bestimmter kirchenleitender Kräfte (z. B. die Bischöfe LEICH und FORCK), die Strukturen der Kirchen nach innen zu festigen, um sie gegenüber dem Staat als starken Verhandlungspartner zu präsentieren.

Alle derartigen Entwicklungstendenzen unterstreichen die Notwendigkeit einer ständigen, gezielten Einflußnahme auf alle Kirchenleitungen, kirchlichen Amtsträger, Gemeindekirchenräte und Synodalen.

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000021

18

Es zeigt sich, daß dort, wo auf der Grundlage beweiskräftiger Faktoren das konsequente und entschiedene Auftreten leitender Staatsfunktionäre gegenüber kirchenleitenden Personen durchgesetzt wird, positive Wirkungen erzielt werden können.

In folgenden zu einigen Fragen des weiteren Vorgehens:

- Alle Diensteinheiten müssen stärker Abstimmung und Zusammenarbeit auf Linie und mit den anderen zuständigen Diensteinheiten weiter ausbauen, vor allem beweglicher gestalten. Wir kennen im wesentlichen die Gruppen und Zusammenschlüsse im Verantwortungsbereich. Nach dem Schwerpunktprinzip und dem aktuellen operativen Anfall ist das Vorgehen festzulegen. Hier ist mehr aktuelle Information und schnellere Einordnung in das Gesamtkonzept vonnöten, direkte Absprachen, weniger Bürokratie und schnelle Reaktion sind gefragt. Es liegen erste Erfahrungen aus Vorgangskomplexen vor (s. Leipzig). Die wichtigsten operativen Vorgänge werden beim Leiter der Hauptabteilung XX oder mit beauftragten leitenden Mitarbeitern beraten und konkrete Maßnahmen festgelegt. Das muß kontinuierlicher erfolgen, die aktuellen Tendenzen mehr beachtet werden. Der Direktkontakt Leiter zu Leiter, der verantwortliche Mitarbeiter vor Ort und mehr Abgestimmtheit, gegenseitige unbürokratische Informationen, Absprache zum methodischen und taktischen Vorgehen sind stärker in die Beratung einzubringen, die konkrete Umsetzung im Rahmen der grundsätzlichen Orientierungen ist noch mehr in den Mittelpunkt zu stellen.

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000022

19

Dazu sind als Grundlage im II. Halbjahr aktuelle Sachstandsberichte und neue Bearbeitungskonzeptionen zu den feindlich-negativen Personenzusammenschlüssen zu erarbeiten.

Unabgestimmtes Vorgehen einzelner Diensteinheiten ohne Konsultation mit der Hauptabteilung XX, bei Fragen der Rechtsanwendung mit der Hauptabteilung IX darf es nicht mehr geben; die Gefahr politischer und operativer Fehlentscheidungen mit Wirkungen über das Territorium des Bezirkes hinaus ist zu groß. Die hohe Dynamik der Lageentwicklung und die sich daraus ergebenden Anforderungen an die Flexibilität politischer und operativer Entscheidungen machen zentrale Abstimmungen erforderlich. Es ist in der Dienstanweisung 2/85 geregelt, Spielraum zur schnellen Information und der abgestimmten Entscheidung ist ausreichend vorhanden. Er wird nur noch nicht genügend genutzt.

Mit der Lagegruppe der Hauptabteilung XX bestehen gute Voraussetzungen einer schnellen, unkomplizierten Übermittlung, Entgegennahme und Auswertung.

Wichtig ist, daß damit gearbeitet wird, daß Absprachen über Maßnahmen eingehalten und deren Wirksamkeit geprüft werden und man ständig hinsichtlich der Beherrschung und aktiven positiven Veränderung der politisch-operativen Lage im Kontakt bleibt.

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000023

20

Fragen der sorgfältigen Aufklärung und Identifizierung feindlich-negativer Kräfte, der Erschließung von Möglichkeiten ihrer Beeinflussung, Disziplinierung und Einschränkung und der vorbeugenden Verhinderung von Öffentlichkeits- und Massenwirksamkeit, die exakte Erfassung und Speicherung aller operativ angefallenen und zugeführten Personen aus politisch bedeutsamen Zusammenrottungen gewinnen an Bedeutung. Die objektmäßig bzw. territorial zuständigen und erfassenden Diensteinheiten haben die unverzügliche Speicherung in der ZPDB zu gewährleisten.

Wichtig ist, daß mit den Informationen gearbeitet wird. Es gibt Tendenzen, jede Aktivität ohne politisch-operative und rechtliche Wertung und operative Einordnung zu melden. Das nutzt wenig, wenn nicht aus der Sicht des Territoriums Vorschläge zur Reaktion und Bekämpfung der Handlungen gemacht werden, wie die Lösung vor Ort aussehen soll. Wir stopfen uns ansonsten mit Einzelfakten voll, erkennen keine Tendenzen und treffen - wenn überhaupt - Entscheidungen nicht aus der konkreten Lage des Territoriums heraus, ja sogar daran vorbei. Deshalb mehr den Grundsatz beachten, was muß <sup>der</sup> mein Partner wissen, ~~Fragen, die wir wissen~~ ~~wozu~~ brauche ich Antwort, damit ich im Territorium eine mit der Gesamtkonzeption konform gehende Entscheidung treffe. ~~Entscheidungen werden fällig~~.

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

20a BStU  
000024

Die Bearbeitung von Vorgängen stellt bei der Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit das Hauptinstrument der Führung und Leitung der politisch-operativen Arbeit dar.

Über die Vorgängsbearbeitung erfolgt die einheitliche Koordinierung und Abgrenzung des Einsatzes der IM und operativer Maßnahmen der verschiedensten Diensteinheiten des MfS nach einheitlichen Konzeptionen. Auch der Einsatz staatlicher und gesellschaftlicher Kräfte ist ohne Analyse der Ergebnisse der Vorgangsarbeit und Einordnung in die Zielstellung der Bearbeitung nicht effektiv zu führen.

Die Abstimmung zum weiteren Vorgehen bei der Bearbeitung der im Verdacht politischer Untergrundtätigkeit stehenden feindlich-negativen Kräfte bildet den Kern der Federführung der HA XX gemäß DA 2/85. Sie setzt die aktuelle Information der HA XX über den Stand und die Ergebnisse der Vorgangsbearbeitung durch Sofortmeldungen bzw. monatliche Lageeinschätzungen voraus. Andererseits ist sie über auch die wichtigste und konkreteste Form der Umsetzung der zentralen Erfahrungen und Orientierungen für die politisch-operativen Arbeit der einzelnen Diensteinheiten.

Wie die Erfahrungen zeigen, ist es erforderlich, zur Erhöhung der Effektivität der Bearbeitung wichtiger Vorgänge auf dem Gebiet der Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit in begründeten Ausnahmefällen die Zuständigkeiten für die Bearbeitung zu verändern.

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU

000025

20b

Das hat vor allem dort zu erfolgen, wo auf diese Weise parallele Bearbeitungsprozesse vereinigt, die Bearbeitung in die Hände derjenigen Diensteinheit gelegt wird, die über die günstigeren Voraussetzungen dafür verfügt oder auf diese Weise qualifiziertere operative Kräfte zum Einsatz kommen können.

Bei Vorhandensein stabiler überregionaler Strukturen feindlich-negativer Personenzusammenschlüsse ist stets die Anlage und Bearbeitung von ZOV zu prüfen, da hiermit die kontinuierlichste und verbindlichste Arbeitsteilung erreicht werden kann.

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU

000026

21

- Wir brauchen eine einheitliche Anwendung des sozialistischen Rechts; die Ahndung feindlich-negativer Angriffe, die Versuche mehr Öffentlichkeit zu erreichen mit der Tendenz zur Organisierung politischer Demonstrationen auf der Straße, von spektakulären Zwischenfällen verlangt konsequentes und einheitliches Vorgehen. Dazu sind die notwendigen Kenntnisse anzueignen, speziell auch was die Verfahrensfragen und Zuständigkeiten betrifft. Mehr Varianten sind gefragt, aber von rechtlich gesicherten und beweismäßig unangreifbaren Positionen aus (Kirche hat exzellent geschulte Rechtsexperten und sie versucht gerade aus Pannen/Mängeln öffentlichkeitswirksam politisches Kapital zu schlagen.)

Durch entschiedenes Handeln ist die Unantastbarkeit der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und die Durchsetzung der Rechtsordnung der DDR jederzeit zu garantieren. Eine Eskalation in massenwirksame Aktionen oder Gewalttätigkeiten und Aufruhr ist vorbeugend auszuschließen.

Unsere Erfahrungen bei der Bekämpfung politischer Demonstrationen besagen, daß im allgemeinen die Anwendung der Befugnisse der Sicherheitsorgane gemäß VP-Gesetz, Ordnungswidrigkeitsrecht und Veranstaltungsordnung, abgestimmt mit dem Einsatz politisch-operativer Kräfte, Mittel und Methoden sowie staatlicher und gesellschaftlicher Kräfte ausreichten, um die staatliche Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten.

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000027

22

Die zutreffenden Bestimmungen aus dem VP-Gesetz, die  
Ordnungswidrigkeitsverordnung, der Strafbefehl, die  
Veranstaltungsverordnung sind in ihren rechtlichen  
Möglichkeiten voll auszuschöpfen, konsequent die Sanktionen  
durchzusetzen und die Wirksamkeit der Maßnahmen in Zu-  
sammenarbeit mit der Linie IX zu analysieren, speziell  
zur vorbeugenden Verhinderung die öffentliche Ordnung/  
Sicherheit beeinträchtigender oder störender Handlungen.

In den Arbeitsgruppen sollten nachher Möglichkeiten,  
Grenzen und Probleme der Anwendung der gesetzlichen Be-  
stimmungen zur Zurückdrängung derartiger Aktivitäten näher  
beraten und die bisherigen Erfahrungen behandelt werden.  
Wir brauchen Antworten, wie wir die disziplinierende  
Wirkung erhalten und verstärken können, damit die Maßnahmen  
ernst genommen werden (Ordnungsstrafen z. B. werden durchge-  
setzt).

Es geht um die Durchsetzung des sozialistischen Rechts in  
seiner Gesamtheit. Dazu sind generell alle juristischen  
Möglichkeiten noch besser auszuloten. Die Voraussetzungen  
müssen dafür stimmen, d. h. Rechtsverletzungen beweiskräftig  
belegen, Kenntnisse zu den rechtlichen Tatbeständen erweitert  
und die Normenkenntnis sehr exakt vertieft und die poli-  
tische Lage genau sondiert werden.

(Vielleicht können hier Hochschule und Hauptabteilung IX  
in Zusammenarbeit mit Linie XX eine handliche Hilfe er-  
arbeiten.)

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000028

23

Wir müssen uns verständigen, wie wir die Beweisführung der zuständigen staatlichen Organe sichern und ständig verbessern.

Die Beweise sollten so überzeugend sein, daß Ordnungsstrafen hohen sicherheitspolitischen Erfolg bringen, loyale und progressive Bürger mobilisieren, die Partei und Sicherheitsorgane bei der Abwehr der Angriffe auf Ordnung/Sicherheit in der Öffentlichkeit und bei der Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit zu unterstützen.

Die feindlich-negativen Kräfte analysieren unsere Rechtspraxis und stellen sich darauf ein.

Es kann also nicht unentwegt ein einmal bewährtes Schema wiederholt werden. Zur Zeit setzen sie darauf, durch hartnäckige Mißachtung von Auflagen und provokatorische Wiederholung Ordnungsstrafmaßnahmen zu ignorieren und deren Wirkungslosigkeit zu demonstrieren; mehr noch, sie versuchen eine Eskalation von Ordnungsstrafen und ihrer Verweigerung anzuheizen.

Wir müssen also sehr differenziert u. a. auch durch härtere Sanktionen (z. B. Strafbefehl mit empfindlichen Geldstrafen) reagieren, aber dies nicht blindlings tun, sondern ihre Realisierbarkeit und Wirkungen genau vorausberechnen. Bewährtes und neue Methoden müssen uns für die feindlich-negativen Kräfte unberechenbarer machen. Dann wird eine Verunsicherung erreicht und das einheitliche Handeln dieser Kräfte weitgehend gestört.

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000029

24

Hinsichtlich der Methoden zur Beweisführung brauchen wir noch mehr Sorgfalt.

Neben bewährten Mitteln und Methoden, wie Video- und Fotodokumentationen, gezielte Befragung eingesetzter staatlicher und gesellschaftlicher Kräfte ist zu prüfen, ob hierfür speziell geeignete und geschulte Kräfte eingesetzt werden können, mit denen rechtlich sauber der Beweis gesichert werden kann (scheinbar zufällig bestimmten Ansammlungen anschließen, notfalls auch mit zuführen lassen und in Befragungen sachdienliche Angaben zu Rädelnsführern und relevanten Aktivitäten machen, als Zeugen auftreten).

Solche Kräfte könnten unter Mitarbeitern staatlicher Organe, von Bildungs- oder kulturellen Einrichtungen, unter Studenten und ähnlichen Personen gewonnen werden.

- z) Berlin, 26.7.1975*
- ✗ Gleiches gilt es zum weiteren Vorgehen gegen die Herstellung und Verbreitung nichtgenehmigter Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse zu überlegen.

Der weiteren Ausbreitung und Etablierung muß durch ein stufenweises, differenziertes und abgestimmtes Vorgehen entgegengetreten werden. Voraussetzung ist, daß zu jedem Pamphlet eine aussagefähige politische und rechtliche Einschätzung vorliegt, in der die Verletzung der Anordnung über das Genehmigungsverfahren für die Herstellung von Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen vom 20. 7. 1959 in der Fassung der Anordnung Nr. 2 vom 25. 3. 1975 eindeutig nachgewiesen wird.

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000030

25

Der Nachweis ist Grundlage für die Gespräche mit kirchenleitenden Persönlichkeiten zur Einstellung des jeweiligen Pamphletes und des Mißbrauchs der Kirche.

Über die rechtlich möglichen Sanktionen und einzelnen zweckmäßigen Schritte des Ordnungsstrafverfahrens bei Nichtbefolgung gegen die Verantwortlichen müssen wir Klarheit in allen Diensteinheiten schaffen. Vor allem, wenn keine Reaktion auf die staatliche Forderung erfolgt, wie zu verfahren ist, bis zur Pfändung von Löhnen und Gehältern.

Über Rang- und Reihenfolge unseres Vorgehens gegen die illegalen Schriften muß man sich konkret verständigen, dazu die Gefährlichkeit, die sicherheitspolitische Lage und Möglichkeiten ausloten. Schnelles Reagieren beim Neuanfall operativ bedeutsamer Vervielfältigungen ist zu sichern. (Beispielgebend ist in diesem Zusammenhang das Vorgehen der BV Erfurt zur Unterbindung der Verbreitung von Hetzzetteln, über 500 Exemplare sichergestellt; zuständigen kirchlichen Amtsträger sofort informiert, zur Distanzierung veranlaßt.)

- ✗ - Insgesamt zeigt es sich, daß die inoffizielle Arbeit in feindlich-negativen Zusammenschlüssen komplizierter geworden ist, daß alles getan werden muß, um die Konspiration unserer IM, vor allem im Kern solcher Zusammenschlüsse, weiter zu erhöhen.

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000031 26

Seit geraumer Zeit sind umfangreiche Anstrengungen feindlicher Kräfte festzustellen, um Quellen unseres Organs zu enttarnen.

Dazu werden genauestens die Umstände gescheiterter, verhinderter und eingeschränkter Aktivitäten überprüft, wird die persönliche Entwicklung und der Prozeß der Eingliederung von Mitgliedern der Zusammenschlüsse zurückverfolgt, werden Überprüfungen nach Zusammenkünften organisiert und Analogien zu dekonsolidierten IM hergestellt.

Durch Verbindungspersonen aus dem Operationsgebiet werden dazu geheimdienstliche Erfahrungen eingebracht.

Der Kreis derjenigen Personen, die in die Planung und Vorbereitung feindlich-negativer Aktionen und das Verbindungssystem in das Operationsgebiet einbezogen werden, wird weiter eingegrenzt.

IM im harten Kern feindlich-negativer Personenzusammenschlüsse sind zur Erhaltung ihrer Position zunehmend gezwungen, sich an feindlich-negativen Handlungen zu beteiligen. Dabei gilt nach wie vor der Grundsatz, daß Schaden und Nutzen für unsere Gesellschaft in einem akzeptablen Verhältnis stehen müssen und das es nicht dem IM oder einem einzelnen Mitarbeiter überlassen werden kann, entsprechende Entscheidungen zu treffen. Bei der unerlässlichen Einbeziehung von IM in Straftaten ist stets auch die Linie IX zu konsultieren.

Verantwortungsbewußt ist die Sicherheit unseres Verbindungssystems zu den IM zu überprüfen.

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000032

27

Treffs unmittelbar im Anschluß an bestimmte Aktivitäten oder wichtige Zusammenkünfte an ungesicherten Orten, mit ungenügender Legendierung gegenüber Familienangehörigen und Freunden oder die Übermittlung konkreter Fakten über das öffentliche Fernsprechnetz stellen

! bedeutende Risikofaktoren dar. *z. B. feindl. Risiko bei den bau- dann laudet, j. Gründung x*  
Auch die ungenügende Abdeckung finanzieller Zuwendungen ist in diesem Zusammenhang zu nennen.

*✓ do. auch  
richtig an FO  
Überwachung  
nicht mit zu  
bekämpfen  
Gefahr für uns  
aufdringlich  
sich mit Grün-  
dung IM  
(Abbildung IM)*

Bei allen unseren Maßnahmen ist immer wieder in Rechnung zu stellen, daß feindliche Kräfte relativ umfassende Kenntnisse über die Arbeitsweise unseres Organs besitzen. Schlußfolgernd aus diesen Erkenntnissen ist es notwendig, die Heranführung von IM an feindlich-negative Zusammenschlüsse noch langfristiger und durchdachter zu organisieren. Vor allem sind weitere Überlegungen anzustellen, wie noch besser in das Verbindungssystem zu feindlichen Kräften im Operationsgebiet eingedrungen werden kann.

Reserven bestehen nach wie vor in der zweckmäßigen Abstimmung der Entwicklung und des Einsatzes von IM verschiedener Diensteinheiten. Das betrifft auch die Lösung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Beweisführung zu feindlich-negativen Handlungen durch solche Maßnahmen, wie z. B. die Auswertung westlicher Pressemeldungen, illegaler Publikationen, der Einsätze staatlicher und gesellschaftlicher Kräfte, der Gespräche mit kirchlichen Amtsträgern sowie von offiziellen Befragungen und Ermittlungen, um eine Dekonspiration der Kräfte, Mittel und Methoden des MfS zu verhindern.

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000033

28

Die teilweise bestehenden Vermutungen, daß das MfS seine Informationen direkt aus feindlichen Stellen im Operationsgebiet bezieht, sind weiter zu verstärken.

Die zielgerichtete Einflußnahme staatlicher und gesellschaftlicher Kräfte in Koordinierung mit dem konspirativen Einsatz von IM stellt gegenwärtig eine optimale und gesellschaftlich wirksame Form der politisch-operativen Bearbeitung von Personen und Zusammenschlüssen dar. Das sollte weiter ausgebaut werden. Natürlich versuchen feindlich-negative Kräfte sich darauf einzustellen, auch lassen eingesetzte Kräfte, die auf schnellen Erfolg aus sind, manchmal Resignation erkennen. Umso wichtiger für uns, sorgsam und mit Bedacht hier unser Vorgehen noch wirksamer zu machen.

Unser Einfluß auf die Prozesse der ideologischen Auseinandersetzung mit feindlich-negativen Kräften und ihren Auffassungen darf nicht nachlassen. Dabei stellen - wie auch aus den Orientierungen des Genossen Minister klar hervorgeht - Auseinandersetzungen in geeigneten Arbeitskollektiven einen wichtigen Schwerpunkt dar.

Es geht aber nicht nur um Auseinandersetzungen, sondern auch um die objektive Prüfung berechtigter Hinweise und Kritiken und um Aspekte für gesellschaftsgemäße Alternativen. *Meinungsfreiheit ist Pflicht*.

Bewährt hat sich das Auftreten parteiverbundener Experten in thematischen Veranstaltungen in den Kirchen (s. Tagung der evangelischen Akademie mit Medizinern zur radioaktiven Niedrigstrahlung und Folgen des Uranabbaus; das Auftreten

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000034

29

kompetenter Mediziner gegen diese Positionen führte zur Bloßstellung der feindlich-negativen Kräfte; durch Redeverbot versuchten sie Widerspruch gegen ihre unwissenschaftlichen Auffassungen zu unterdrücken; letztlich mußten sie akzeptieren, daß sie ihre Grundsätze der von ihnen immer strapazierten politischen Streitkultur selbst verletzten).

Es hilft schon, wenn es gelingt, den Ausschließlichkeitsanspruch feindlich-negativer Standpunkte zu erschüttern, Nachdenken anzuregen und das Gespräch mit staatlichen und gesellschaftlichen Vertretern fortzusetzen, was häufig auch gleichbedeutend ist mit dem Verzicht auf spektakuläre Aktionen.

Wie der "1. Berliner Umwelttag" in Ansätzen zeigte, ist es grundsätzlich auch möglich, bei sachkundigem Auftreten von Experten echtes Interesse bestimmter Personen an gesellschaftlicher Mitarbeit zu erzeugen.

- ✗ - Der Erfolg in der Bekämpfung einer politischen Opposition wird maßgeblich davon bestimmt, wie es gelingt, Tendenzen der Politisierung der evangelischen Kirchen zurückzudrängen, innerkirchliche Differenzierungsprozesse zu verstärken und die inoffizielle Basis in diesem Bereich zu stärken.

Die Bekämpfung und Zurückdrängung politischer Ambitionen reaktionärer kirchlicher Amtsträger ist noch mehr zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe durch die zielstrebige Mobilisierung staatlicher und gesellschaftlicher Kräfte unter Führung der Partei zu entwickeln.

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000035

30

Dazu ist die Mitarbeit in den speziellen Arbeitsgruppen bei den 1. Sekretären der Bezirks- und Kreisleitungen der SED weiter auszubauen.

Besonders Augenmerk ist auch weiter auf eine kontinuierliche Arbeit mit den kirchlichen Laien, die Mitglieder von Synoden und Gemeindekirchenräten sind, zu legen. Langfristig ist Einfluß auf die bevorstehenden Neukonstituierungen der kirchlichen Gremien zu nehmen. (Februar 1990 Neukonstituierung der VI. Legislaturperiode der Synode des Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR)

Aufgaben für die Besetzung kirchlicher Schlüsselpositionen mit IM, die langfristige Vorbereitung und perspektivische Werbung von IM und die Abstimmung dieser Maßnahmen mit der Hauptabteilung XX, wie überhaupt die inoffizielle Einflußnahme auf innerkirchliche Prozesse bedürfen engerer und uneigennütziger Zusammenarbeit.

Unverändert bedeutsam ist die Werbung von IM zur Aufnahme eines Studiums an kirchlichen Ausbildungsstätten. Die langjährige Entwicklung und Einschleusung von IM über diesen Weg wird immer mehr zur wichtigsten Methode, um die inoffizielle Basis in den Kirchen zu erhalten.

*neuzugriffen*

Gleichzeitig sind Überlegungen anzustellen, wie neue und wirkungsvollere Methoden der Kontaktierung und Werbung von im kirchlichen Dienst stehender Personen angewandt werden können und welche Voraussetzungen dazu zu schaffen sind.

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000036 31

Hierbei kommt legendierten Kontakten, bei denen das MfS nicht in Erscheinung tritt, wachsende Bedeutung zu.

Solche Voraussetzungen könnten z. B. die Schaffung von Scheinarbeitsverhältnissen, der Einsatz von OibE sowie die erforderliche Bereitstellung materieller und finanzieller Mittel sein.

Besonders hohe Anforderungen ergeben sich angesichts des wachsenden ideologischen Drucks des Gegners und der Irritationen durch Entwicklungen in sozialistischen Bruderlandern für die politisch-ideologische Stärkung und Festigung des IM-Bestandes und seine noch engere Bindung an unser Organ.

Hierbei zählen nicht nur Argumente, sondern auch das Auftreten und Verhalten der IM-führenden Mitarbeiter, das den IM verdeutlichen muß, daß unser Organ eine humanistische, dem gesellschaftlichen Fortschritt verpflichtete Politik verteidigt und nach diesen moralischen Prinzipien stets handelt.

- ✗ - Unter dem Aspekt der Erhaltung und Festigung der politischen Stabilität der DDR ist es notwendig, die politische Wachsamkeit weiter zu erhöhen, die Wirkungen der durch den Gegner weiter forcierten politisch-ideologischen Diversion sorgfältig zu analysieren und dabei auch die komplizierten Fragen der Rückwirkungen politisch destabilisierender Entwicklungen in anderen sozialistischen Ländern nicht aus dem Auge zu verlieren. Es gilt, rechtzeitig und umfassend informiert zu sein über Anzeichen vom Gegner erzielter ideologischer Einbrüche und ihr Umschlagen in entsprechende Handlungen.

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000037

32

Nicht zu übersehen ist, daß das Potential unzufriedener Personen anwächst und sich besonders auch unter Personenkreisen im Verantwortungsbereich der Linie XX konzentriert, wie Angehörige der kulturell-künstlerischen Intelligenz und künstlerisch tätige Berufsgruppen, Angehörige der wissenschaftlichen Intelligenz, Studenten und Mitglieder und Funktionäre befreundeter Parteien, speziell der LDPD und CDU.

In einem gewissen Maße waren auch die Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 Gradmesser der vom Gegner erzielten Wirkungen, die in Abhängigkeit von der konkreten Lage im Territorium differenziert zu werten sind. So sind z. B. die Wahlergebnisse in den speziellen Wahllokalen der Universitäten und Hochschulen zu beachten (überdurchschnittlich hoher Anfall von Gegenstimmen, besonders Sektionen Theologie und künstlerische Studienrichtungen). Untersuchungen zur operativen Lage an acht ausgewählten Hochschulen/Universitäten haben ergeben, daß den wachsenden Einflüssen der politisch-ideologischen Diversion (zunehmende Reisen in das NSA, Einreisen und Aufenthalte von Personen aus dem NSW) keine gleichermaßen verstärkte offensive politisch-ideologische Erziehungsarbeit gegenübersteht. Die Tätigkeit der Kreisorganisationen der FDJ und der FDJ-Hochschulgruppen wird z. B. vielfach noch durch ein Ausweichen vor der Diskussion zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen geprägt.

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU

000038

33

Operative Beachtung verdienen unter diesen Bedingungen alle Versuche, politische Diskussionsforen außerhalb der vorhandenen gesellschaftlichen Strukturen zu schaffen (bis hin zur "alternativen" FDJ-Arbeit), da diese stets die Gefahr in sich bergen, zu Sammelbecken feindlich-negativer Personenkreise zu werden (s. "Interessengemeinschaft Neues Denken" an der KMU Leipzig, Wiederbelebung "Burschenschaftsbewegung").

Deutlich zugenommen haben destruktive Diskussionen, zum Teil auch offene Kritik und politische Forderungen zur Politik der SED, vielfach mit Bezügen zu den Umgestaltungsprozessen in der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern. Die Ereignisse in der VR China zeigen, daß die Lagebeherrschung unter studentischen Personenkreisen an Bedeutung gewinnt. Das belegen nicht zuletzt Hinweise der Solidarisierung mit den konterrevolutionären Kräften in der VR China an Universitäten und Hochschulen (Verbreitung anonymer/pseudonymer Pamphlete).

Wie die erfolgten Konsultationen zeigen, ist in enger Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung XX eine kritische Bilanz der IM-, OV- und OPK-Arbeit in diesem Bereich dringend geboten. Von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, reichen Anzahl, Qualität und Verteilung der IM in diesem Bereich nicht aus, um mit Sicherheit Überraschungen durch feindlich-negative Kräfte auszuschließen und eine solide Lageeinschätzung vornehmen zu können.

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000039

34

Die Möglichkeiten der zielstrebigen Zusammenarbeit mit anderen Diensteinheiten, die unter studentischen Kreisen inoffiziell arbeiten, vor allem der Linie XV, sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

Auch die Vorgangs- und OPK-Lage im studentischen Bereich (an acht Hochschuleinrichtungen mit tausenden von Studenten nur 10 OV und 11 OPK) ist unzureichend.

Gravierende Unterschiede im Herangehen an diese bedeutsame Sicherungsaufgabe zwischen einzelnen Bezirksverwaltungen sind auch im Kadereinsatz festzustellen.

Eine spürbare Verschlechterung der politisch-ideologischen Situation ist im kulturell-künstlerischen Bereich eingetreten. Eine zunehmende Anzahl von Künstlern ist bestrebt, öffentlich gesellschaftskritische Positionen zu vertreten, Forderungen nach gesellschaftlicher Umgestaltung zu erheben oder sich zum Sprecher unzufriedener Personenkreise zu machen.

Hierin widerspiegelt sich ein Nachgeben vor dem ideologischen Druck des Gegners, Verunsicherung durch Entwicklungen in anderen sozialistischen Ländern aber auch eine unzureichende Wirksamkeit der politisch-ideologischen Arbeit der Partei und der in diesem Bereich wirkenden staatlichen und gesellschaftlichen Kräfte (s. z. B. Solidarisierung PEN-Zentrum mit HAVEL, Weigerung FDJ-Sinfonieorchester zum Auftritt im Blauhemd u. a.).

## Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit

BStU  
000040

35

Der massiven Einflußnahme auf Kunst- und Kulturschaffende der DDR durch feindlich-negative Kräfte aus dem Operationsgebiet im Rahmen der sich erweiternden Möglichkeiten der Kontakttätigkeit steht insgesamt keine ausreichende Mobilisierung parteiverbundener und progressiver Personen in diesem Bereich gegenüber (s. gezielte "Preisverleihung" an feindlich-negative Künstler/Schriftsteller im Operationsgebiet).

Als besonders gefährlich sind jene Versuche des Gegners zu beurteilen, durch Stärkung der Idee einer einheitlichen deutschen Kulturnation die aggressive Wiedervereinigungs-konzeption, die in letzter Zeit wieder stark belebt wird, abzustützen.

Die politisch-ideologische Arbeit des MfS muß in erster Linie darauf gerichtet sein, das Bündnis unserer Partei mit den Kunst- und Kulturschaffenden zu festigen und den dazu notwendigen differenzierten und feinfühligen Umgang mit den Vertretern dieses Bereiches durch exakte und objektive Klärung der politischen Haltungen, Motive und Ziele der jeweiligen Personen ausreichende Grundlagen zu schaffen. Tendenzen des Verzichtes auf administrative Methoden und eines großzügigen Herangehens an die Genehmigung von Publikationen, Aufführungen und Ausstellungen werden sich in der Politik unserer Partei weiter fortsetzen. Unter diesen Bedingungen wächst unsere Verantwortung, der Partei durch zuverlässige und objektive Informationen zu helfen, eine offensive ideologische Arbeit zu leisten, deren Wirksamkeit zu erhöhen sowie feindliche Kräfte und

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000041 36

Bestrebungen rechtzeitig zu erkennen, zu entlarven und mit politischen Mitteln zu bekämpfen.

Verstärkte politisch-operative Aufmerksamkeit erfordert die Lageentwicklung in den befreundeten Parteien, speziell der LDPD und der CDU. Hier sind in unterschiedlicher Ausprägung Bestrebungen nach mehr Eigenständigkeit festzustellen, wenngleich diese bisher mehrheitlich nicht mit einer Negierung der führenden Rolle der SED verbunden sind. Besonders deutlich zeigen sich solche Tendenzen in der LDPD, wo die zentrale Orientierung dieser Partei auf eine noch inhaltsreichere aktive Mitgestaltung der sozialistischen Gesellschaft von einigen Funktionären als Signal für "Pluralismus" verstand wird.

Im berechtigten Bestreben, sich noch stärker als Interessenvertreter von Bevölkerungssteilen der DDR zu profilieren und den eigenen Anteil an der Staatspolitik sichtbar werden zu lassen, das Vertrauen der Parteibasis zu erhalten und neue Mitglieder zu gewinnen, begeben sich einige Funktionäre befreundeter Parteien nach ihren eigenen Worten auf eine "Gratwanderung" mit Gefahren für das bewährte Bündnis unter Führung der SED.

Deshalb ist es erforderlich,

- das Informationsaufkommen aus den befreundeten Parteien in allseitiger Nutzung vorhandener IM zielstrebig zu erhöhen und eine objektive und regelmäßige Information der Bezirks- und Kreisleitungen der SED über die Lage-

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**BStU  
000042

37

entwicklung in diesem Bereich zu gewährleisten;

- eine wirksame operative Kontrolle und Bearbeitung erkannter personeller Schwerpunkte zu organisieren und im politisch-operativen Zusammenwirken mit den Bezirks- und Kreisvorständen der befreundeten Parteien vorbeugend feindlich-negativen Tendenzen entgegenzuwirken;
- geeignete gesellschaftliche Kräfte aus den befreundeten Parteien in die politisch-ideologische Auseinandersetzung mit feindlich-negativen Kräften einzubeziehen und auf diese Weise noch enger mit der Politik der Partei zu verbinden.

✗ Einige Bemerkungen zur Bekämpfung der staatsfeindlichen Hetze in schriftlicher Form und schriftlich-negativer Äußerungen. Hier besteht enger Zusammenhang zur Bearbeitung der nichtgenehmigten Druckerzeugnisse.

In der jüngsten Zeit bestätigten sich erneut die langjährigen Erfahrungen, daß zu bestimmten politischen Höhepunkten (Kommunalwahlen) oder in Zeiten zugespitzter Klassen-auseinandersetzungen (VR China) ein erhebliches Ansteigen von Delikten der Verbreitung von Hetzflugblättern, Hetzbriefen oder des Anschmierens von Lösungen mit dem Ziel hoher Öffentlichkeitswirksamkeit zu beobachten ist.

Immer sichtbarer wird, daß die Lösungen mit den Plattformen feindlicher, oppositioneller Kräfte übereinstimmen.

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000043 38

Sie sind zunehmend alternativ und aggressiv formuliert und mit Appellen/Aufrufen zu direkten feindlich-negativen Aktivitäten versehen (Forderungen nach Verwirklichung der Menschenrechte/Grundfreiheiten in der DDR, nach Meinungs- und Informationsfreiheit, nach grundsätzlicher innenpolitischer Veränderung in der DDR in Richtung Liberalisierung, Demokratie und politischen Pluralismus westlicher Prägung, verbunden mit zunehmend bösartigen Angriffen gegen die Politik der Partei sowie führende Partei- und Staatsfunktionäre).

Es darf nicht zugelassen werden, daß die Aufklärungsquote bei derartigen Delikten weiter zurückgeht. Entschieden ist auch Tendenzen entgegenzutreten, die Bearbeitung solcher Tatbestände an die Volkspolizei abzudelegieren.

Grundsätzlich sind alle Tatbestände schriftlich-negativer Äußerungen, die negativ-feindlichen Charakter tragen, bzw. die offensichtlich Zusammenhänge mit der politischen Untergrundtätigkeit erkennen lassen, vorrangig durch die Diensteinheiten des MfS zu bearbeiten.

Es ist deshalb notwendig, bei Bekanntwerden von Delikten der staatsfeindlichen Hetze oder Herabwürdigung in schriftlicher Form die Sofortmeldepflicht entsprechend der Dienstanweisung 2/71 an den zuständigen übergeordneten Leiter, die Hauptabteilung XX und den ZOS, einzuhalten. Originalmaterialien (in Ausnahmefällen geeignete Kopien) zu den Delikten sind auf schnellstem Wege über die Abteilungen XX an die Hauptabteilung XX zu Vergleichszwecken und zur Einleitung koordinierter Bearbeitungsmaßnahmen zu übersenden.

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000044

39

Für kriminaltechnische Untersuchungen und Begutachtungen aller angefallenen Spuren und Materialien kommt nur der OTS als Partner in Frage. Die Kadersituation bei Schriftenfahndern ist in einigen Bezirksverwaltungen verbesserungsbedürftig.

Einige Bezirksverwaltungen müssen stärker die jährlich durch die Hauptabteilung XX in Verbindung mit dem OTS durchgeführten Aus- und Weiterbildungslehrgänge zur Qualifizierung von Schriftenfahndern nutzen und dazu vor allem junge Kader auswählen, die eine längerfristige Perspektive für die Arbeit auf diesem Gebiet haben.

Bei Vorkommnissen ist die Einflußnahme durch die Leiter der Abteilungen XX in den Bezirksverwaltungen dahingehend zu erhöhen, daß die Fahndungsspezialisten und die ausgebildeten Mitarbeiter der Kreisdienststellen sich unbedingt zur gründlichen Spurensuche und Sicherung an die Ereignisorte begeben, um die Maßnahmen des ersten Angriffs im engen kameradschaftlichen Zusammenwirken mit den Genossen der DVP zu qualifizieren.

Größere Aufmerksamkeit sollte der Methode der Geruchsdifferenzierung - trotz der ihr noch anhaftenden Mängel - gewidmet werden (einschließlich Einsatz von Fährtenhunden).

Mit Nachdruck ist auf die Forderung der Dienstanweisung 2/71 des Genossen Minister nach Einspeicherung aller bedeutsamen anfallenden Tatbestände schriftlich-negativer Äußerungen in die Tatschriftensammlung der Hauptabteilung XX/2 hinzuweisen.

**Referat Generaloberst Mittig zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit**

BStU  
000045

40

In die Vergleichsschriftensammlung der Abteilungen XX der Bezirksverwaltungen sind vorrangig neben den hartnäckigen Antragstellern auf Übersiedlung von solchen Personen Schrift oder andere Spuren vorbeugend einzuspeichern, wie Initiatoren der politischen Untergrundtätigkeit und Umfeldpersonen, von denen bekannt ist, daß sie bei der Herstellung und Vervielfältigung von negativ-feindlichen Schriften mitgewirkt haben bzw. potentielle Täter sein können.

Kein Nachlassen darf auch in der Bekämpfung der Antragstellungen auf ständige Ausreise und des ungesetzlichen Verlassens der DDR und Versuchen der Ausnutzung dieses Potentials durch Kräfte des politischen Untergrundes zugelassen werden.

Erforderlich ist ein gut abgestimmtes Vorgehen zwischen den Abteilungen XX und BKG zur Zurückdrängung von Aktivitäten, die die Entschlossenheit und hohe Risikobereitschaft der Antragsteller, insbesondere für provokative Aktionen in der Öffentlichkeit für ihre feindlichen Angriffe und Ziele einzuspannen versuchen.

Genossen!

Soweit in gedrängter Form einige Anregungen für die Diskussion in den Arbeitsgruppen.